

Nr. 2 - Januar 2005

Thema: Bildung – Zukunftschancen – Teilhabe

1. Einleitung

Zum Jahresende 2004 wurden Studien vorgelegt bzw. in Entwürfen bekannt, die den Zusammenhang zwischen sozialer Lage, Zukunftschancen und Bildung zum Thema haben.

Mit dem vorliegenden **SPD-Trendmonitor** liefern wir eine knappe Übersicht an aktuellen **Fakten, Studien und Statements** zur diesem Themenkomplex.

2. Zukunftschancen in Deutschland

Der Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung

Im Januar 2000 hat der Bundestag die Bundesregierung beauftragt, regelmäßig einen Armuts- und Reichtumsbericht vorzulegen. Der Bericht basiert auf dem Leitgedanken, dass eine detaillierte Analyse der sozialen Lage die notwendige Basis für eine Politik zur Stärkung sozialer Gerechtigkeit und zur Verbesserung gesellschaftlicher Teilhabe ist. Der 2. Bericht der Bundesregierung analysiert die gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen von 1998 bis – soweit Daten verfügbar waren – an den aktuellen Rand.

Der Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung wird im Frühjahr 2005 vorgelegt, erste Informationen sind bereits in den letzten Wochen der Presse zu entnehmen gewesen. Er zeichnet kein einheitliches Bild. Zwar ist die so genannte **Armutsrisikoquote** im Zeitraum 1998 – 2003 von 12,1% auf 13,5% angestiegen, gleichzeitig ist die Einkommensarmut bei Älteren von 13,3% auf 11,4% gesunken.

Definition Armutsrisikoquote

Die Armutsrisikoquote ist definiert als Anteil der Haushalte, deren „bedarfsgewichtetes Nettoäquivalenzeinkommen“ weniger als 60% des Mittelwerts (Median) aller Haushalte beträgt. Das Nettoäquivalenzeinkommen wird ermittelt als gewichtetes Pro-Kopf-Einkommen, in dem das Nettohaushaltseinkommen durch die Summe der Personengewichte – abgeleitet über die neue OECD-Skala – geteilt wird. In Deutschland beträgt das so errechnete Nettoäquivalenzeinkommen 938 Euro.

Der Leiter des Sozioökonomischen Panel am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung Gert G. Wagner erklärt die steigende Quote wie folgt: „*Man kann trotzdem nicht sagen, dass diese Entwicklung anzeigt, dass das 21. Jahrhundert durch mehr Ungleichheit gekennzeichnet sein wird. Es ist ja nicht verwunderlich, dass im Konjunkturabschwung, den wir seit dem Jahr 2000 beobachten, mit der Arbeitslosigkeit auch die Ungleichheit der Einkommen zunimmt.*“

(Quelle: Handelsblatt, 22.12.2004)

Eine zentrale Erkenntnis ist jedoch der enge Zusammenhang zwischen Bildung und Zukunftschancen. Mehr denn je ist Bildung die beste Versicherung gegen Arbeitslosigkeit. Zu den wichtigsten Faktoren für die Wahrnehmung individueller Teilhabe- und Verwirklichungschancen gehören der Bildungs- und Ausbildungsstand sowie die Weiterbildungsbeteiligung. **Einige Fakten:**

- Die Chancen eines Kindes aus einem Elternhaus mit hohem sozialem Status, eine **Gymnasialempfehlung** zu bekommen, sind rd. 2,7-mal so hoch wie die eines Facharbeiterkindes. Die Chance, ein Studium aufzunehmen, ist sogar um das 7,4-fache höher als die eines Kindes aus einem Elternhaus mit niedrigem sozialem Status.
- Der **Versorgungsgrad bei Kindergartenplätzen** erreicht zwar rd. 90%. Bei der Versorgung mit Krippenplätzen liegt Deutschland im EU-Raum jedoch deutlich zurück. Eine Krippe konnten in Westdeutschland Ende 2002 nur knapp 3% der Kinder besuchen, in Ostdeutschland 37%.
- Die **Angebots-Nachfrage-Relation in der dualen Ausbildung** betrug 2003 nur noch 98,2% (alte Länder) bzw. 91,2% (neue Länder); es kam zu einer Lehrstellenlücke. Diese Entwicklung zeigt sich auch in der Ausbildungsbeteiligungsquote der Betriebe. Sie sank in den alten Ländern von 35% (1980) auf knapp 24% (2002) ab. Mit 19% ist sie in den neuen Ländern noch niedriger.

Diese Diagnose ist nicht neu. Aus diesem Grund hat die Bundesregierung bereits wichtige Maßnahmen eingeleitet. Die wichtigsten Punkte:

- **Priorität für Bildung und Forschung**
 - Die Bundesregierung hat Mittel für Bildung und Forschung seit 1998 um 36,5% bzw. um 2,72 Mrd. Euro auf rund 10 Mrd. Euro erhöht (2005)
- **Neue Chancen für Kinder und Familien**
 - Der Bund investiert rund 4 Mrd. Euro in den Auf- und Ausbau von Ganztagschulen.
 - Ab 2005 stehen jährlich 1,5 Mrd. Euro für den Ausbau der Tagesbetreuung für Kinder unter drei Jahren bereit.
- **Nationaler Pakt für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs in Deutschland**
 - Die Wirtschaft stellt für alle ausbildungsfähigen und –willigen Jugendlichen mehr Ausbildungsplätze bereit
 - Der Bund erhöhte 2004 seine Ausbildungsleistung um 20%
- **Mehr Chancengleichheit beim Zugang zur Hochschule**
 - Das Ausgabevolumen für die Ausbildungsförderung wurde von 1,2 Mrd. Euro 1998 auf 2,03 Mrd. Euro 2003 nahezu verdoppelt
 - Die Gefördertenanzahl stieg von 341.000 im Jahre 1998 auf 505.000 im Jahr 2003

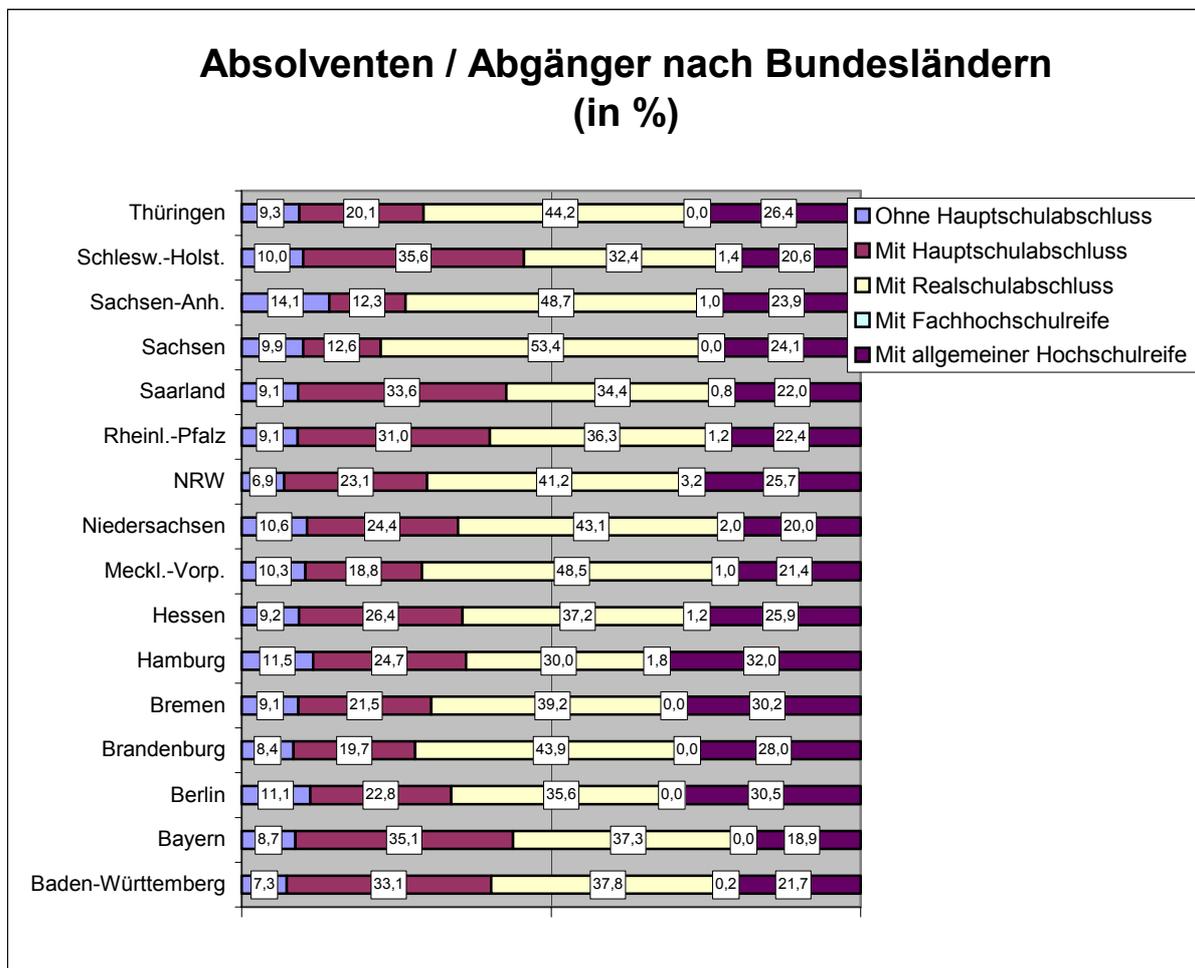
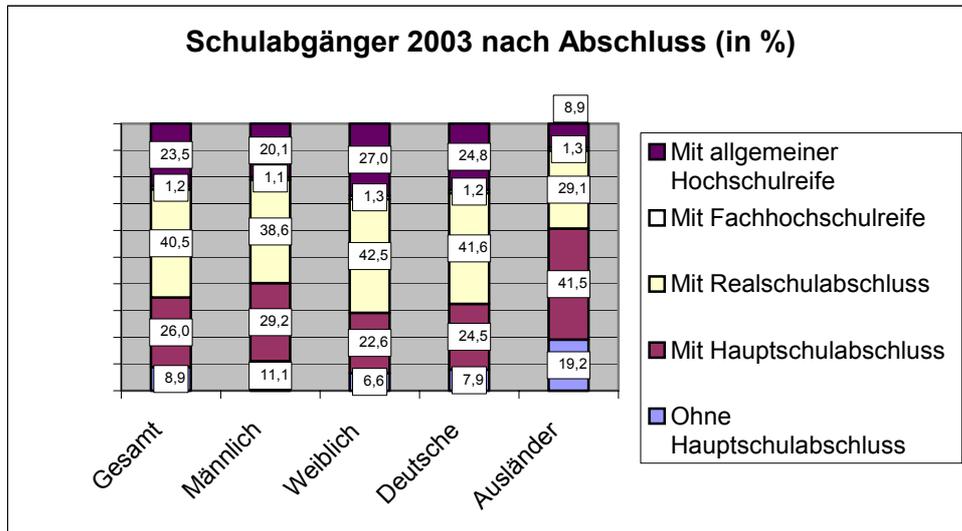
„Wir brauchen die Analyse von Armut und Reichtum als Voraussetzung für eine wirksame Politik. Wichtig ist mir aber, dass wir in den nächsten Wochen nicht nur über statistische Größen diskutieren, sondern auch über Ursachen und Problemlösungen.“
(Franz Müntefering, 14.12.04)

Schulabgängerinnen und Schulabgänger in Deutschland

9% aller Schülerinnen und Schüler verlassen die Schule ohne Abschluss. Bei männlichen Schulabgängern liegt dieser Anteil mit 11,1% deutlich über dem Anteil bei den Schulabgängerinnen (6,6%). Umgekehrt schafft jede vierte Schülerin das Abitur, bei den Schülern ist es nur jeder fünfte.

Alarmierend hoch ist der Anteil der Schulabgänger ohne Abschluss bei den ausländischen Schülern – jeder fünfte verlässt die Schule ohne Abschluss, nur knapp 9% erreichen das Abitur.

Im Ländervergleich liegt diesbezüglich Nordrhein-Westfalen vorne. „Nur“ 6,9% verlassen die Schule ohne Abschluss. In Sachsen-Anhalt ist der Anteil mit 14,1% mehr als doppelt so hoch. Bei dem Anteil an erfolgreichen Abiturienten liegt Hamburg mit einem Wert von einem Drittel aller Schülerinnen und Schüler vorne. Am restriktivsten mit der Vergabe des Abiturs ist Bayern. Nur jeder fünfte erlangt diesen Schulabschluss.



Quelle: Statistisches Bundesamt

3. Studien zum Bildungssystem in Deutschland

„PISA 2003“

(veröffentlicht am 07. Dezember 2004)

Mit PISA informiert die OECD ihre Mitgliedstaaten über Stärken und Schwächen der Bildungssysteme. **PISA untersucht, wie gut die jungen Menschen auf Herausforderungen der Wissensgesellschaft vorbereitet sind.** Die Erhebungen werden mit einem abgestimmten Testprogramm in einem Abstand von drei Jahren durchgeführt. Die erste PISA Erhebung fand im Jahr 2000 statt, die zweite im Jahr 2003. Die nächste Erhebung folgt im Jahr 2006. PISA untersucht die Kompetenzen von fünfzehnjährigen Schülerinnen und Schülern in den Bereichen Mathematik, Lesen und Naturwissenschaften.

Der Vergleich der PISA-Befunde aus 2000 und 2003 zeigt, dass sich die Bildungsergebnisse für Deutschland leicht verbessert haben. Eine zentrale Herausforderung bleibt aber, den derzeitigen Anteil von Schülerinnen und Schülern mit einer Risikoprognose für ihre weitere Schullaufbahn und ihr Berufsleben deutlich zu verringern.

- Insgesamt betrachtet stellt sich bei PISA 2003 die **mathematische Kompetenz** in Deutschland besser dar als in der ersten Erhebungsrunde: Im internationalen Vergleich liegt die Gesamtleistung der Schülerinnen und Schüler in Deutschland nun im OECD-Durchschnitt.
- Diese positive Entwicklung könnte auf ein verändertes Problembewusstsein und auf Maßnahmen zurückzuführen sein, die in Deutschland nach TIMSS (Third International Mathematics and Science Study) ergriffen wurden, zum Beispiel durch einen Wandel der Aufgabenkultur. Allerdings sind die Streuung der Leistungen und die Anteile der Risikogruppen in Deutschland nach wie vor groß. Besondere Aufmerksamkeit verdient weiterhin die Förderung der mathematischen Kompetenz in den Hauptschulen.
- Im Bereich der **Lesekompetenz** hat sich die Lage im internationalen Vergleich zwar leicht verbessert, da Deutschland nun im internationalen Durchschnittsbereich liegt, jedoch ist noch keine substantielle, d.h. statistisch abgesicherte, Verbesserung der Lesekompetenz festzustellen.
- Insgesamt zeichnet sich im Bereich der **naturwissenschaftlichen Kompetenz** in PISA 2003 für Deutschland ein gegenüber 2000 besseres Ergebnis ab. Es besteht aber weiterhin ein beträchtlicher Abstand zum Niveau naturwissenschaftlicher Kompetenz, das von einigen OECD-Staaten erzielt wird. Da die Kompetenzzuwächse in Deutschland vorwiegend im mittleren und oberen Leistungsbereich erzielt wurden, vergrößert sich die Leistungsstreuung und der Anteil von Jugendlichen mit einer problematisch schwachen naturwissenschaftlichen Kompetenz bleibt unverändert.
- Der internationale Vergleich zeigt im Bereich des Problemlösens ein interessantes Ergebnis für Deutschland: Die Jugendlichen lassen mit einer überdurchschnittlichen **Problemlösekompetenz** ein bemerkenswertes kognitives Potential erkennen. Betrachtet man jedoch das Kompetenzniveau, das von Schülerinnen und Schülern in Deutschland in der Mathematik und in den Naturwissenschaften erreicht wird, dann bleiben sie dort hinter ihren kognitiven Möglichkeiten zurück, die bei den analytischen Problemlöseaufgaben erkennbar werden. Das kognitive Potential in stärker fachbezogenes Wissen und Verständnis umzusetzen, dürfte damit eine wichtige Herausforderung für die Schulen in Deutschland sein.
- Generell liegt das durchschnittliche Kompetenzniveau von Jugendlichen aus Familien mit hohem Status deutlich über dem der Jugendlichen aus Familien mit einem niedrigen sozioökonomischen Status.
- Wichtige Herausforderungen für die nächsten Jahre liegen in der Verbesserung der Kompetenzen im unteren Leistungsbereich, der Förderung von Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund und der Reduzierung des Zusammenhanges zwischen sozialer Herkunft, Bildungsbeteiligung und Kompetenzerwerb.

Mehr Informationen <http://PISA.ipn.uni-kiel.de/>

„Bildung auf einen Blick“

(veröffentlicht am 14. September 2004)

Mit der Veröffentlichung „Bildung auf einen Blick“ liefert die **OECD** erneut eine umfangreiche Sammlung von Daten und Indikatoren zur **Leistungsfähigkeit der Bildungssysteme**. Die Studie bereitet die wichtigsten statistischen Bildungsdaten aller OECD-Staaten (und zahlreicher weiterer Staaten) auf, vergleicht sie **und lenkt so den Blick auf einzelne nationale Erfolge und Mängel**. Ausgesuchte Ergebnisse:

- Bei den **Bildungsausgaben** liegt Deutschland im Jahr 2001 mit 5,3% des BIP leicht unter dem OECD-Schnitt von 5,6%. Das ist unbefriedigend und muss verbessert werden.
- Bei den **Ausgaben im Sekundarbereich II** pro Schüler/Auszubildender im Verhältnis zum BIP pro Kopf ist Deutschland im internationalen Vergleich gut (36% im Verhältnis zu 26%). Auch im **Tertiärbereich A** - das sind Universitäten und Fachhochschulen - steht Deutschland mit 44% im Vergleich zum OECD-Mittel (43%) gut da.
- Im **Primarbereich** und **Sekundarbereich I** sieht dies anders aus. Dort liegt Deutschland mit 17% und mit 20% jeweils unter dem OECD-Länder-Mittel von 21 bzw. 23%. Hier besteht erheblicher Nachholbedarf, denn gerade in jungen Jahren werden die Weichen für eine erfolgreiche Bildungskarriere gestellt.
- Erfreulich ist der in Deutschland **stark wachsende Anteil der Studienanfängerinnen und -anfänger**. Er ist von 28% im Jahr 1998 auf 36% im Jahr 2003 gestiegen. Acht Prozentpunkte mehr Studienanfänger sind ein Erfolg der großen BAföG-Reform der Bundesregierung.

Der **Anteil der öffentlichen Bildungsausgaben an den öffentlichen Gesamtausgaben** ist ein weiterer Maßstab, um den Stellenwert der Bildung im Vergleich zu anderen öffentlichen Aufgaben wie Gesundheitswesen, soziale Sicherung, Verteidigung und innere Sicherheit zu messen. In Deutschland beträgt der Anteil der öffentlichen Bildungsausgaben an den öffentlichen Ausgaben seit 1995 unverändert 9,7 %. Diese Quote unterliegt in ihrer Aussagekraft einigen Besonderheiten, die erklären warum in Deutschland der Wert geringer ist als z. B. in Dänemark mit 15,4%.

- So ist der im internationalen Vergleich hohe Beitrag der Wirtschaft bei der Finanzierung der dualen Berufsausbildung einer der Gründe für den niedrigen Wert in Deutschland. Je höher der Finanzierungsbeitrag der Unternehmen ist, desto geringer fällt in der Regel die Inanspruchnahme des Staates aus.
- Zum anderen variiert das Verhältnis zwischen öffentlichem Haushalt und Bruttoinlandsprodukt. Je höher der Staatsanteil an der Wertschöpfung eines Landes, desto geringer fällt rechnerisch der Anteil der öffentlichen Bildungsausgaben aus. Daher verfügt in der Regel ein Land mit einem traditionell geringen öffentlichen Haushalt über einen besonders hohen Anteil an öffentlichen Bildungsausgaben.

Die OECD hat sich in der diesjährigen Studie verstärkt auch der beruflichen Bildung gewidmet. In Deutschland gibt es **weniger Jugendliche unter 20 Jahren, die ohne Beschäftigung und Ausbildung sind** als in den meisten anderen OECD-Staaten. Das bestätigt den von der Bundesregierung eingeschlagenen Weg zur Reform und Stärkung des dualen Systems.

- Ein hoher Bildungsstand ist ein Indikator dafür, dass die Bevölkerung den Anforderungen der modernen Lebens- und Arbeitswelt gewachsen ist. Im Mittel aller OECD-Staaten haben 68 % der 25-64-jährigen Bevölkerung mindestens einen Abschluss des Sekundarbereichs II, d.h. entweder Abitur oder eine abgeschlossene berufliche Ausbildung. In Deutschland liegt dieser Anteil mit 83 % erheblich höher. Dies ist eine Folge der langen Tradition der dualen Berufsausbildung.

Die OECD-Zahlen zeigen aber auch, dass junge Menschen noch nicht alle die Chancen erhalten, die sie brauchen. Für die Zukunft ist es erforderlich, dass ein höherer Anteil eines Altersjahrgangs die Möglichkeit erhält zu studieren. Dafür muss die frühe Förderung gestärkt und das deutsche Bildungssystem durchlässiger werden. Bund und Länder müssen auch in den kommenden Jahren intensiv zusammenarbeiten.

Mehr Informationen: <http://www.bmbf.de/de/2994.php>

„Selektivität und Durchlässigkeit im allgemein bildenden Schulsystem“

(veröffentlicht am 18. November 2004)

Der Bildungsforscher Klaus Klemm hat im Auftrag der **Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW)** eine Studie zum deutschen Schulsystem verfasst. Mit seinen Mitarbeitern an der Universität Essen hat sich Klemm in seiner Studie u. a. mit dem bürokratischen Aufwand, der verschiedenen Verordnungen in 16 Bundesländern befasst, über Rückstellungen bei der Einschulung, Versetzung, Übergänge zu Realschule und Gymnasium und Verweisung an Sonderschulen. Das gegliederte deutsche Schulsystem produziert zu viele Sitzenbleiber, Abbrecher, Sonderschüler und viel zu wenig Abiturienten. Dabei erfahre jeder dritte Schüler mindestens einmal in seiner Schullaufbahn den Misserfolg des Scheiterns. Deutschland müsse insgesamt hin zu einem integrierten Schulsystem mit längerem gemeinsamem Lernen.

Mehr Informationen:

http://www.gew.de/Studie_Selektivitaet_und_Durchlaessigkeit_im_deutschen_Schulsystem.html

„Bildung neu denken“

Bildungspolitik ist nach Ansicht der **Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft (vbw)** die beste Sozialpolitik. Der Verband hat daher beim Prognos-Institut und dem Erziehungswissenschaftler Dieter Lenzen, dem Präsidenten der Freien Universität Berlin, eine Studie mit Vorschlägen zu einer umfassenden Veränderung des deutschen Bildungssystems in Auftrag gegeben, die 2003 erschienen ist. 2004 wurde eine Folgestudie zur Finanzierung der Vorschläge vorgestellt und für 2005 wird eine Studie angekündigt, die sich mit den notwendigen juristischen Schritten für eine Bildungsreform befasst. Mit dem Finanzierungskonzept soll Deutschland OECD-weit bei den Bildungsausgaben von Platz 18 auf Platz 3 rücken. Neben der Erhöhung der Bildungsausgaben sieht das Konzept vor, die Finanzierungslasten im Bildungssystem neu zu verteilen: Diese sollen auf drei Säulen ruhen: dem Staat, den Unternehmen und den Privathaushalten. Würde den Empfehlungen gefolgt, müsste etwa ein Viertel mehr für Bildung – vom Kindergarten bis zur beruflichen Weiterbildung – ausgegeben werden, insgesamt eine Summe von 26,7 Milliarden Euro.

Mehr Informationen: <http://www.vbw-bayern.de/jsp/3501.jsp>

4. Bildung von Anfang an

„Starting strong“

(veröffentlicht am 26. November 2004)

Um neue Impulse für den Ausbau und die Qualität der Kinderbetreuung zu erhalten, hat Deutschland sich in diesem Jahr erstmals an der internationalen Vergleichsuntersuchung „Starting strong“ der OECD beteiligt. Gegenstand der Untersuchung sind Betreuungseinrichtungen für Kinder im Alter von 0-6 Jahren und auch die Betreuung durch Tagesmütter und -väter. Der Bereich der frühkindlichen Betreuung, Bildung und Erziehung in Deutschland weist viele Stärken und Ressourcen auf:

- Deutschland besitzt auf diesem Gebiet eine lange Tradition mit gehaltvollen Konzepten, einschließlich des sozialpädagogischen Ansatzes mit seinem Verständnis von Bildung, Betreuung und Erziehung als untrennbar miteinander verbundenen Merkmalen frühkindlicher Förderung.
- Das deutsche System ist nicht auf Gewinn ausgerichtet und verfolgt das Ziel, alle Kinder in gleicher Weise zu fördern – ungeachtet des Familieneinkommens oder der Herkunft. Es herrscht große Offenheit für Veränderungen einschließlich eines quantitativen und qualitativen Ausbaus der FBBE Leistungen (frühkindliche Betreuung, Bildung und Erziehung) und einer Versorgung, die das Wohl der Kinder ebenso im Zentrum sieht wie die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.
- Ferner ist das deutsche System vor allem in den neuen Bundesländern gut ausgebaut, deren **Versorgungslage** zu den besten unter den OECD-Ländern zählt.
- Die Diskrepanz zwischen den neuen und den alten Bundesländern bei der Versorgung mit Plätzen ist jedoch nach wie vor groß, und dieser Unterschied muss stets berücksichtigt werden, wenn man die Versorgungszahlen für die gesamte Bundesrepublik heranzieht. Hinter nationalen Daten verbergen sich häufig große lokale Unterschiede:

Versorgungsquoten mit Kinderbetreuungseinrichtungen in %

Plätze für Kinder	Alte Bundesländer		Neue Bundesländer	
	1994	2002	1994	2002
Unter 3 Jahren	2,2	2,7	41,0	36,9
3 – 6 Jahre	73	88	96	105
6- 10 Jahren	5,1	6,4	58,2	67,6

Anmerkung: Diese Zahlen gelten für die in Einrichtungen angebotenen Plätze und erfassen keine „Betreuung“ durch Tagesmütter.

Mehr Informationen:

<http://www.bmfsfj.de/Kategorien/Forschungsnetz/forschungsberichte,did=22074.html>

„Das Modellprojekt Kids & Co.“

Unter dem Dach der "Allianz für die Familie", eine Initiative des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend sind seit Mitte 2003 Initiativen für eine bessere Balance von Familie und Arbeitswelt gebündelt. Für die Ziele der Allianz konnten prominente Unterstützer gewonnen werden, aus Politik, Wirtschaft und Gewerkschaften. Die Partner haben vereinbart, sich mit ihren Möglichkeiten für eine familienfreundliche Arbeitswelt und Unternehmenskultur einzusetzen.

Vor diesem Hintergrund hat die **Commerzbank in Frankfurt** eine zweite Studie in Auftrag gegeben, an die Frankfurter Agentur für Innovation und Forschung „Prack & Seehausen“. Zusammen mit der pme Familienservice GmbH plant die Commerzbank in Frankfurt für 2005, eine betriebsnahe Kindertagesbetreuung. In Kooperation mit der Stadt Frankfurt wird so ein Beitrag geleistet zum quantitativen Ausbau und zur qualitativen Weiterentwicklung des Krippenbereichs. Die erste Evaluationsstudie über Kids & Co. erfolgte 1999/2000 und wurde Ende 2000 veröffentlicht. Diese Wirkungsanalyse wurde im Rahmen der Qualitätssicherung von Maßnahmen der familienbewussten Personalpolitik durchgeführt.

Die zweite Studie befasst sich ausführlicher mit der **ökonomischen Bewertung der Kinderbetreuung** in Ausnahmefällen. Sie liefert einerseits aus der subjektiven Einschätzung der interviewten Eltern wichtige Hinweise auf personalwirtschaftliche Folgen. Auf der anderen Seite werden auf der Grundlage ermittelter Kostengrößen und Einsparpotenziale eine realitätsnahe Modellrechnung zu Kosten und Nutzen familienfreundlicher Maßnahmen durchgeführt. Demzufolge ist die Evaluationsuntersuchung sowohl eingebunden in eine sozialpädagogische als auch in eine personalwirtschaftliche Diskussion über innovative Serviceleistungen des Betriebes für Familien.

Die wichtigsten Studienergebnisse sind:

- Die Einrichtung Kids & Co. verbessert die Entwicklungschancen von Familien, fördert die Familienidentität von Männern und stärkt die Wirtschaftlichkeit des Unternehmens.
- Die Einrichtung wird von den Eltern breit akzeptiert und hilft, Arbeitsausfälle zu vermeiden, aber auch Stress-Situationen für Eltern zu vermeiden.
- Das Unternehmen gewinnt mit diesen familienfreundlichen Maßnahmen betriebswirtschaftliche Einsparpotenziale. „Denn wir haben die Erfahrung gemacht, dass Menschen, die ihre eigenen Vorstellungen von Beruf und Privatleben umsetzen können, motiviert, konzentriert und kreativ an ihre Aufgaben herangehen.“ (Personalvorstand der Commerzbank).

Mehr Informationen: <http://www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Abteilung2/Pdf-Anlagen/commerzbank-kinderbetreuung,property=pdf.pdf>

5. Bundesländer-Ranking

„Schwarzbuch Bildung“

In einer Studie der vom Arbeitgeberverband Gesamtmetall finanzierten und in der Tendenz der Union nahestehenden **Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM)** vergleichen die Autoren Axel Plünnecke und Oliver Stettes die Bundesländer in den Bereichen **ganztägige Betreuungsangebote, Berufsperspektiven, Hochschulreformen, selektive Bildungspolitik und finanzielle Unterstützung**. Einige signifikante Unterschiede zwischen den Bundesländern fallen auf:

- **Betreuung / Berufsperspektiven:** In Baden-Württemberg sind ganztägige Betreuungsangebote am schlechtesten, während die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Ausbildung und damit für ein perspektivenreiches Berufsleben in Berlin am ungünstigsten sind.
- **Reformeifer:** Den Reformansatz der Einrichtung von Bachelor-Studiengängen hat Mecklenburg-Vorpommern am besten umgesetzt. Hier nahmen insgesamt 9,4% aller Studienanfänger den kürzeren Bachelor-Studiengang auf.
- **Selektivität der Bildungspolitik:** Bayern betreibt die selektivste Bildungspolitik. Die Studienberechtigungsquote ist mit 29% hier am geringsten. Bayern profitiert hier von der Schul- und Hochschulausbildung anderer Bundesländer. Die bayerische Hochschulpolitik steuert also relativ wenig zur eigenen technologischen Leistungsfähigkeit und Innovationskraft bei.

Mehr Informationen:

[http://www.chancenfueralle.de/Umfragen Studien/Studien/Grundlegende Schwaechen der Bildungspolitik.html](http://www.chancenfueralle.de/Umfragen_Studien/Studien/Grundlegende_Schwaechen_der_Bildungspolitik.html)

6. Das gesellschaftliche Meinungsbild

Eine Befragung von **Infratest dimap** vom Sommer 2004 kommt zu dem Ergebnis, dass ein starkes Interesse an bundesweit einheitlich geregelten Bildungsbedingungen aber gleichzeitig auch nach mehr Autonomie für die Bildungseinrichtungen besteht.

- Unklar ist für viele Bürgerinnen und Bürger bereits die Zuständigkeit für einzelne Bereiche des Bildungssystems. Auf die Frage „Wer trägt ihrer Meinung nach die politische Hauptverantwortung für die Schulen?“ antworten 28%, dass diese bei der Bundesregierung (West: 23% / Ost: 45% / SPD-Wähler: 20%) liegt. Nur 49% sehen die zentrale Zuständigkeit bei der jeweiligen Landesregierung (West: 53% / Ost: 37% / SPD-Wähler 64%).
- Die flächendeckende Einrichtung von Ganztagschulen durch die Bundesregierung halten 69% der Befragten für eine gute Sache. Bei den SPD-Wählern beträgt der Zustimmungswert sogar 73%.
- Für bundeseinheitliche Regelungen an den Schulen und Hochschulen sprechen sich 82% der Befragten aus (West: 80% / Ost: 89%). 89% sprechen sich dafür aus, dass Schulabschlüsse bundeseinheitlich festgelegt und anerkannt werden, 86% fordern einheitliche Zugangsbedingungen zu den Hochschulen.
- 76% sprechen sich dafür aus, dass die Schulen und Hochschulen mehr Freiheit als bisher haben, über Bildungsangebot und Einstellung von Lehrern / Hochschullehrern selbst zu entscheiden.

Das Institut für Demoskopie in **Allensbach** hat im Oktober danach gefragt, welche dringlichen Verbesserungen die Bürgerinnen und Bürger in den Schulen für die nächsten 5-10 Jahre sehen.

- Ganz oben auf der Rangliste stehen die Vermeidung von Stundenausfall (52% / Eltern von Kindern im Schüleralter sogar 65%) und die Verkleinerung von Klassen (50% / Eltern: 58%).

Die weiteren Handlungsvorschläge aus Sicht der Bevölkerung und der Eltern:

- Mehr Vermittlung von Allgemeinbildung: 50% (Eltern: 46%)
- Verbesserung der Ausbildung der Lehrer: 44% (Eltern: 49%)
- Deutschkurse für ausländische Schüler mit Sprachproblemen: 44% (Eltern: 41%)
- Bessere Vorbereitung auf das Berufsleben durch die Schule: 42% (Eltern: 42%)
- Bessere Förderung der Schüler entsprechend ihrer Begabungen: 41% (Eltern: 49%)

Im Rahmen der Studie „**Perspektive Deutschland**“ haben zum wiederholten Male McKinsey gemeinsam mit stern, ZDF und AOL eine große Internetbefragung über Einstellungen, Problemsichten und Zukunftserwartungen durchgeführt. Die Ergebnisse wurden am 21. April 2004 der Öffentlichkeit vorgestellt. Teilgenommen haben im Zeitraum Oktober 2003 – Januar 2004 rund 450.000 Menschen. Die sehr große Beteiligung ermöglicht eine nach Ländern differenzierte Betrachtung. In der Befragung war neben vielen anderen Aspekten auch die Bildungspolitik Thema:

Frage: „Muss der Staat mehr in Bildung investieren, selbst wenn dann in anderen Bereichen Einschränkungen hingenommen werden?“

- Zustimmung im Bundesdurchschnitt: 69,7%
- Regionale Spanne: 63% (Bayern) – 77,4% (Berlin)

Frage: „Sehen Sie einen hohen Verbesserungsbedarf in den Schulen?“

- Zustimmung im Bundesdurchschnitt: 77%
- Regionale Spanne: 71% (Bayern) – 84% (Bremen)

Frage: „In welchen Punkten sehen Sie den hauptsächlichen Veränderungsbedarf für die Organisation der Schulen?“

- Weniger Stundenausfall: 56%
- Bundesweit einheitliche Leistungsstandards: 54%
- Bessere Aus- und Fortbildung der Lehrer: 39%
- Flächendeckend Ganztagschulen: 33%

Frage: „In welchen Punkten sehen Sie den hauptsächlichen Veränderungsbedarf im Bereich Hochschulen?“

- Stärkere Praxisorientierung: 48% (Studenten: 59%)
- Leistungsorientierte Bezahlung der Lehrenden: 29% (Studenten: 34%)
- Verkürzung Studiendauer: 28% (Studenten: 17%)
- Stärkere Beratung und Begleitung: 25% (Studenten: 37%)
- Studiengebühren, wenn Stipendien für Benachteiligte: 25% (Studenten: 9%)

7. Stimmen zu PISA und der Bildungspolitik in Deutschland

Bildungsminister/innen aus Bund und Ländern

„Es ist ein ganzes Bündel an Maßnahmen und Schritten notwendig, um unser Bildungssystem deutlich zu verbessern. ... Wenn Herr Koch aus Hessen sagt, die Länder müssten ein Monopol auf Bildung erhalten, dann glaube ich, ist das etwas sehr schlicht. Monopol auf Bildung gibt's nicht, sondern für Bildung sind alle verantwortlich. ... Eine Abschaffung des dreigliedrigen Schulsystems alleine würde auch nichts verbessern, das glaube ich jedenfalls.“
(**Edelgard Bulmahn**, DLF, 11.10.04)

Es sei ein „Irrglauben“, eine Systemveränderung sei der „entscheidende Befreiungsschlag“. Dennoch: „Wenn man bei null anfangen könnte, würde kein vernünftiger Mensch ein dreigliedriges Schulsystem einführen.“

(Klaus Böger, Bildungssenator Berlin, die tageszeitung, 10.12.04)

„Eine Veränderung der Schulstruktur zieht keine Veränderung der Unterrichtsstruktur nach sich. ... Inakzeptabel ist nach wie vor der für ein Land wie Deutschland zu hohe Anteil von Jugendlichen, die nur über geringe Basiskompetenzen verfügen. Auch die Tatsache, dass das soziale Umfeld so entscheidend für den Bildungserfolg ist, kann uns nicht ruhen lassen.“

(Ute Schäfer, Bildungsministerin NRW, Neue Ruhr Ztg., 08.12.04)

„Wenn ich mir etwas wünschen dürfte, dann, dass die Debatte mitunter etwas ermutigender geführt würde. Positive Entwicklungen bleiben angesichts der Berichte über die zweifellos vorhandenen Probleme zu oft auf der Strecke.“

(Ute Schäfer, Bildungsministerin NRW, Neue Ruhr Ztg., 08.12.04)

„Die Schüler in Deutschland brauchen einen besseren Unterricht, bessere Betreuung und eine bessere individuelle Förderung. ... Wir dürfen nicht länger Kinder aussortieren und den schlechten Schülern keine Chance geben.“

(Edelgard Bulmahn in: dpa, 06.12.04)

und andere

„Wir fordern Bund, Länder und Kommunen auf, Bildung als gemeinsame Aufgabe zu gestalten und sie nicht auf dem Altar des Föderalismus zu opfern.“

(gemeinsame Erklärung von Bundeselternrat, Bundeschüler-Vertretung und GEW in: dpa, 10.12.04)

„Bei der Bildungspolitik aber tun wir so, als ob sechzehn verschiedene Antworten auf die gleiche Frage zielführend seien. Die Ergebnisse der Pisa-Studien zeigen aber gerade, dass wir nicht auf einer Bildungsinsel leben, sondern dass das nationale Bildungssystem im internationalen Wettbewerb steht und ein bedeutender Faktor für den Wirtschaftsstandort ist.“

(Michael Hüther, Direktor des Instituts der dt. Wirtschaft in Köln, Die Zeit, 09.12.04)

„Es führt nicht weiter, wenn abwechselnd die Gesamtschulen, das gegliederte Schulsystem oder die Kultusministerkonferenz zum Sündenbock gemacht werden. Stattdessen ist langer Atem erforderlich, um den begonnenen Reformprozess konsequent fortzuführen.“

(D. Hundt, FTD, 07.12.04)

„Die PISA-Studie ist der erste Hinweis darauf, dass es in Deutschland wieder aufwärts geht, gerade bei jungen Leuten.“

(Manfred Prenzel, Direktor des Instituts für die Pädagogik der Naturwissenschaften in Kiel, Leiter des dt. Teils der intern. Schulleistungsstudie, Tagesspiegel, 07.12.04)

„Keine der erfolgreichen Bildungsnationen hat wie Deutschland ein dreigliedriges Schulsystem. ... Frühe Selektion wirkt sich fast immer nachteilig auf die Chancengleichheit aus.“

(Andreas Schleicher, OECD-Projekt Koordinator, ap, 07.12.04)

Medien

„Es wächst ein Bildungsproletariat heran, für das auf dem härter werdenden Arbeitsmarkt kaum Platz ist. [...] Chancengleichheit heißt nicht, dass alle gleich gut sein können. Sie darf aber in einer demokratischen Gesellschaft auch kein leeres Wort sein, sondern muss das zentrale Kriterium für Gerechtigkeit sein.“

Kommentar, Süddeutsche Ztg., 07.12.04

„An der frühen und intensiven Förderung heute zu sparen heißt, die Sozialhilfeempfänger von morgen zu vermehren – ein hoher Preis.“

Kommentar, FAZ, 07.12.04

„Die Schule kann nicht der Reparaturbetrieb der Gesellschaft sein, doch Sozialpolitik wird künftig nicht zuletzt in der Bildung gemacht.“

Kommentar, Hannoversche Allg. Ztg., 08.12.04

„Im Beweinen der eigenen Misere lassen wir uns nicht überbieten. Könnte es sein, dass unser ganzes Grämen um die Schulen auch etwas mit der deutschen Neigung zum Selbstmitleid zu tun hat?“

Kommentar, Der Tagesspiegel, 08.12.04

„Es musste Pisa kommen, um den Deutschen bewusst zu machen, dass Leistung und Förderung sich nicht ausschließen.“

Kommentar, Süddeutsche Ztg., 09.12.04

„Man würde nun gerne auf den Tisch hauen und die große, nationale Reform verlangen. [...] Angesichts der deutschen Tradition eines Gymnasiums, an dem Mittelschicht-Eltern verbissen festhalten, angesichts des Föderalismus, der bundesweite Reformen verhindert, kann man allenfalls auf einen Mittelweg setzen: die längere Grundschule von sechs oder sieben Jahren für alle, gefolgt von zwei Schultypen: einer eher praxisorientierten Mittelschule und einem Gymnasium.“

Kommentar, Süddeutsche Ztg., 09.12.04

„Das auf Ranglisten fixierte Interesse der Öffentlichkeit führt zu einer fatalen Reduktion des Bildungsbegriffs.“

Kommentar, FAZ, 09.12.04

Selbst ein Bildungskonzept, das auf volkswirtschaftliche Bedürfnisse ausgerichtet ist, kommt nicht daran vorbei, dass die Gesellschaft Menschen braucht, die nicht nur Standards erfüllen, sondern selbstständig Standards setzen können.“

Kommentar, FAZ, 09.12.04

„Zur Bildung führen weder Pisa noch Bildungsstandards; sie sind nicht mehr und nicht weniger als Handwerkszeug zur Leistungsmessung.“

Kommentar, FAZ, 09.12.04

„Viel mehr als Patriotismus oder Leitkultur und alles Für und Wider wegen eines deutschen Sitzes im Sicherheitsrat ist die Diskussion wegen Pisa ein Lot in die Untiefen der deutschen Gesellschaft. Wir beanspruchen immer Siegerplätze, jaulen, wenn wir sie nicht kriegen, und tun jedenfalls so, als ob sie uns eigentlich von Natur aus zuständen.“

Kommentar, Die Welt, 10.12.04

8. Zukunftsaufgabe „Soziale Teilhabe und Integration“

Es verfestigt sich seit einigen Jahren die Erkenntnis, dass der klassische Begriff von materieller Armut nicht mehr taugt, um Desintegration in unserer Gesellschaft zu verstehen. Vielmehr haben wir es in einem Teil der Gesellschaft mit einer Bündelung von Ausgrenzungsaspekten zu tun (Vererbung von Sozialhilfekarrieren, problematisches Ernährungs- und Konsumverhalten, Segregation in den Städten, usw.), die mit dem Begriff der „Exklusion“ beschrieben werden. Dementsprechend darf sich auch eine zukünftige Politik der sozialen Teilhabe und der Integration nicht auf den finanziellen Aspekt beschränken, sondern muss deutlich stärker auf die Lebensumstände der Menschen abzielen.

Medienstimmen zum Thema Ausgrenzung und Teilhabe

„Gleichzeitig drohen die Armen immer zahlreicher zu werden. Und immer barbarischer. Oft gehen die zivilisatorischen Mindeststandards in der dritten und vierten Generation von Sozialhilfeempfängern verloren. Zudem hat das Tempo in unserer Wissensgesellschaft enorm angezogen, viele kommen da kaum mehr mit. Die soziale Exklusion wächst, nicht zuletzt im deutschen Bildungssystem. Alles zusammen genommen bedeutet das: Man muss mehr für die Armen tun – man kann es aber auch erst heute.“

(Bernd Ulrich, Tagesspiegel vom 10. Juli 2004)

„Erst allmählich wächst das Bewusstsein, dass die Überlagerung und Gleichzeitigkeit dieser Probleme kein Zufall sein kann. Es handelt sich eben nicht um die zufällige Summe individueller Präferenzen, sondern überwiegend um Probleme in den vernachlässigten Randzonen unserer Gesellschaft. [...] Deutschland liegt in der Spitzengruppe der OECD-Länder, was die materielle Umverteilung angeht, den Einsatz von sozialen Transfermitteln. Und dennoch sind wir immer mehr das Schlusslicht, was die Eröffnung von Chancen, was den Ausbruch und Aufstieg aus sozialen Randzonen der Gesellschaft betrifft.“

(Paul Nolte, Tagesspiegel vom 25. Juli 2004)

„Die offiziellen Armutsdefinitionen helfen nicht weiter. [...] Wie aber soll man Politik für die Armen machen, wenn sich so schwer definieren lässt, um wen es eigentlich geht? Niemand solle von zentralen Bereichen gesellschaftlichen Lebens ausgeschlossen werden, kein Schulkind beispielsweise auf den Klassenausflug verzichten müssen sagen Sozialwissenschaftler und sprechen von „Teilhabe“ oder „Exklusion“. Massentauglich ist das nicht.“

(Elisabeth Niejahr, Die ZEIT vom 8. Juli 2004)

„In einigen Großstädten liegt der Anteil der Hauptschüler an der Schülerschaft gar unter zehn Prozent. Besonders hier gilt die Hauptschule als Sammelbecken für Schüler aus schwierigen sozialen Verhältnissen und bildungsfernen Familien, als letzter Hort für Migrantenkinder ohne ausreichende Deutschkenntnisse, als Endstation für Schüler mit negativen Schulkarrieren und Disziplinproblemen.“

(Martin Spiewak, Die ZEIT vom 5. August 2004)

„Den Unterschichten von heute fehlt ganz eklatant, was in den ersten drei Jahrzehnten den ganz besonderen Charme, ja, den Charakter dieses Landes ausgemacht hat: der leidenschaftliche Wunsch nach Aufstieg und die engagierte Repräsentanz der Aufsteiger in den Volksparteien, in Staat und Zivilgesellschaft.“

(Tissy Bruns, Der Tagesspiegel vom 15. Dezember 2004)

9. Fazit und Ausblick

Die aktuellen Statistiken und Studien bescheinigen den hohen Handlungsdruck, durch strukturelle und inhaltliche Reformen die Qualität und Chancengleichheit im Bildungssystem zu verbessern. Halbtagsunterricht und eine zu frühe Trennung der Schülerinnen und Schüler in verschiedene Schulformen sind laut der OECD-Studie „PISA 2003“ wichtige Ursachen für soziale Ungleichheiten.

Viele Reformen wurden von Bund und Ländern eingeleitet. Diese Reformen stehen erst am Anfang. Sie müssen konsequent fortgeführt werden. Um die Abhängigkeit des Bildungserfolgs von der sozialen Herkunft in Deutschland zu überwinden, wurden nach der Veröffentlichung der ersten PISA-Studie wichtige Reformen auf den Weg gebracht. Weitere Reformen werden und müssen folgen.

Der SPD-Parteivorstand hat auf seiner Klausurtagung Anfang Januar beschlossen, Bildung zum Schwerpunktthema Nr. 1 zu machen:

„Ein optimales Bildungssystem und die Bereitschaft der Menschen, dieses zu nutzen, ist wichtigste Voraussetzung für die Ziele Wohlstand für alle, Gerechtigkeit, Nachhaltigkeit. Das deutsche Bildungssystem ist leistungsfähig und auch unter dem Eindruck der Pisa-Ergebnisse wurden weitere positive Entwicklungen vorangebracht. Dazu gehört der Ausbau der Ganztagsangebote. Vieles ist erreicht.

Aber es bleiben größere Herausforderungen: Jedes 4. Schulkind in Deutschland verfügt nur über elementare Kenntnisse im Lesen und Rechnen; über 10 % der Schüler erreichen keinen qualifizierten Schulabschluss; 25 % der Studierenden brechen ihre Hochschulausbildung vorzeitig ab; nur 12 % der Studierenden kommen aus einem Arbeiterhaushalt; die Hälfte der Jugendlichen mit Migrationshintergrund ist in den Kernfächern deutlich abgehängt.

Das gilt für die Krippenplätze der Unter-3-Jährigen, die Kitas, Schulen, Hochschulen, für berufliche Ausbildung, lebenslanges Lernen, spezielle Qualifizierung.

Bund, Länder und Gemeinden müssen ihren Teil beitragen und dieses Bildungssystem muss mit den europäischen Erfordernissen kompatibel sein. Die Angelegenheit eilt.

Deutschland darf in Sachen Bildung nicht nur gut sein, es muss erstklassig sein. Messlatte bleibt das Interesse der betroffenen Menschen, nicht die Frage der Zuständigkeiten von Bund und Ländern. Für die Hochschulen heißt das: Sie brauchen mehr Autonomie in einem begrenzten bundeseinheitlichen Rahmen in weitgehender Verantwortung der Länder, damit sie exzellent sind im internationalen Wettbewerb. „

(Auszug aus dem Beschluss „Auf gutem Wege. Deutschland 2010. Ziele und Wege)

Impressum:

SPD-Parteivorstand
Planungsstab
Referat II/6 - Jugend- und Bildungspolitik

Wilhelmstr. 141, 10963 Berlin
planungsstab@spd.de